

NEWSLETTER

CDU Olpe

Ausgabe 1/25

vom 19. März 2025



Klare Entscheidungen für eine wirtschaftlich verantwortungsvolle Stadtentwicklung

Die Entscheidung, das Bürgerhaus-Projekt in der bisherigen Form nicht weiterzuverfolgen, war eine notwendige Reaktion auf die massiv gestiegenen Baukosten. Während die Opposition die Abkehr vom ursprünglichen Plan begrüßt, nutzt sie die Situation zugleich für Schuldzuweisungen. Doch statt rückwärtsgewandter Debatten braucht Olpe jetzt pragmatische Lösungen.

Verantwortungsvolle Politik statt nachträglicher Kritik

Die CDU-Fraktion weist den Vorwurf mangelnder Transparenz entschieden zurück. Die dramatische Kostensteigerung wurde im Laufe der vergangenen Monate erkennbar, und als sich abzeichnete, dass das Projekt finanziell nicht mehr vertretbar war, hat die Stadtverwaltung unter Führung von Bürgermeister Peter Weber zügig gehandelt.

„Als wir Anfang des Jahres von der massiven Kostensteigerung auf 49 Millionen Euro erfuhren, waren wir alle geschockt“, erklärt Frank Clemens, Fraktionsvorsitzender der CDU Olpe. „Bis dahin gingen wir davon aus, dass sich die von den Planern Ende 2023 genannten 33,5 Millionen Euro nur um die üblichen Baupreissteigerungen von etwa 3,5 % pro Jahr erhöhen würden. Doch dann wurden wir mit einer neuen Kostenberechnung konfrontiert, die alles veränderte.“

Trotz intensiver Sparbemühungen durch Verwaltung und Planer, die eine Reduzierung auf etwa 42 Millionen Euro ermöglichten, war klar: Ein Bürgerhaus in dieser Form wäre für Olpe nicht finanzierbar und nicht verantwortbar gewesen.

Entscheidend ist jedoch: Die Kostensteigerung resultierte nahezu ausschließlich aus den gestiegenen Anforderungen an die technische Gebäudeausstattung (TGA) – nicht aus einer Flächenvergrößerung. Der Vorwurf, die CDU habe nach der Wahl bewusst die Größe des Rathauses erhöht, entbehrt jeder Grundlage. Tatsächlich wurde die Planung von vornherein auf Forderung der Grünen im Sinne der Nachhaltigkeitsanforderungen so gestaltet, dass der Silberstandard eingehalten werden sollte. Besonders diese Forderung führt erfahrungsgemäß zu nicht unerheblichen Mehrkosten bei der technischen Gebäudeausstattung.

Zudem ist es irreführend, nun den Eindruck zu erwecken, die CDU habe dieses Projekt gegen Widerstände durchgesetzt. Alle bisherigen Beschlüsse wurden stets mit breiter Mehrheit im Stadtrat gefasst. Der Bau des Bürgerhauses wurde über Jahre hinweg von einer großen Mehrheit der Ratsmitglieder konstruktiv unterstützt – auch wenn einzelne Fraktionen wie die Grünen und die SPD das Projekt von Anfang an grundsätzlich in Frage gestellt haben.

Transparenz im Planungsprozess: Die Rolle des Arbeitskreises

Ein besonderes Ärgernis ist der Vorwurf, es habe Geheimniskrämerei gegeben. „Der interfraktionelle Arbeitskreis ‘Bürgerhaus’ mit Mitgliedern aller Fraktionen diente dem offenen Austausch und hatte keine Entscheidungsbefugnis“, stellt Markus Arens, stellvertretender Fraktionsvorsitzender klar. „Jetzt so zu tun, als seien dort heimliche Beschlüsse gefallen, ist schlichtweg falsch.“

Der Arbeitskreis wurde eingerichtet, um alle Fraktionen und Interessensgruppen frühzeitig in den Planungsprozess einzubinden. Über lange Zeit wurden viele Empfehlungen von allen Beteiligten mitgetragen – diese Tatsache jetzt zu

ignorieren, ist wenig redlich.

Ebenso falsch ist der Vorwurf, die CDU habe vor der Wahl einer Reduzierung der Fläche um 10 % zugestimmt, nur um dann nach der Wahl eine Erweiterung um 10 % durchzusetzen.

„Richtig ist: Wir als CDU haben den Antrag auf Flächenreduzierung gestellt, weil wir eine wirtschaftlich sinnvolle Lösung suchten“, erläutert Arens. „Die Planung zeigte dann, dass diese Reduzierung nicht wirtschaftlich darstellbar war. Die spätere Anpassung der Flächen hatte jedoch nichts mit Sonderwünschen der CDU zu tun, sondern war das Ergebnis der fachlichen Überprüfung.“

Warum ein reduziertes Bürgerhaus keine Alternative war

Innerhalb der CDU-Fraktion gab es intensive Diskussionen über mögliche Einsparmaßnahmen – auch der Verzicht auf den Museumsbau wurde in Erwägung gezogen. Doch jede Einsparung hätte das ursprüngliche Konzept erheblich eingeschränkt.

„Das Bürgerhaus war von Anfang an als multifunktionales Zentrum geplant, das nicht nur Verwaltung, sondern auch Kultur- und Veranstaltungsräume bietet“, betont Frank Clemens. „Mit den notwendigen Kürzungen hätten wir uns von genau dieser Idee verabschieden müssen. Ein reduziertes Bürgerhaus wäre nur noch eine abgespeckte Verwaltungszentrale gewesen – ohne echte Mehrwerte für die Stadt.“

Es ist auch wichtig zu betonen, dass einige der ursprünglich geplanten Funktionen auf Wunsch anderer Fraktionen in das Konzept aufgenommen wurden. Dazu zählen insbesondere die multifunktionale Nutzung von Räumen im Museum und der Stadtbücherei sowie die flexible Nutzung des Ratssaals für Veranstaltungen – beispielsweise als Ersatz für die Aula der ehemaligen Realschule.

Die Vision eines modernen, multifunktionalen Bürgerzentrums wurde von einer breiten Mehrheit im Stadtrat getragen. Doch angesichts der drastischen Kostensteigerung war es notwendig, einen neuen Weg zu finden.

Nachhaltige Lösung statt teurer Schnellschüsse

Die CDU setzt auf eine intelligente Neustrukturierung der Verwaltung:

- **Effiziente Nutzung bestehender Gebäude durch Stadt und Kreis Olpe, um Kosten zu reduzieren.**
- **Verlagerung für die Bürger wichtiger Verwaltungsbereiche in den geplanten Neubau des Bahnhofsgebäudes.**
- **Schaffung bürgernahe Lösungen, die finanzierbar sind und den Charakter der Innenstadt stärken.**

Diese Lösung orientiert sich an wirtschaftlicher Vernunft und nachhaltiger Stadtentwicklung.

„Der Vorschlag von Bürgermeister Peter Weber und Landrat Theo Melcher, freie Kapazitäten im Kreishaus zu nutzen, ist eine zukunftsweisende Lösung“, so Clemens. „Durch den Neubau des Gefahrenabwehrzentrums und den damit verbundenen Umzug vieler Mitarbeiter entstehen nun neue Möglichkeiten, die es vorher nicht gab.“

Die neue Lösung sieht vor, dass im Bahnhofsbereich ein modernes Bürgerzentrum entsteht. Dort sollen alle Funktionen mit direktem Bürgerkontakt angesiedelt werden, darunter:

- **Bürgerbüro**
- **Stadtbücherei**
- **Museum**
- **Bürgerdienste des Kreises (z.B. KFZ-Zulassungsstelle)**

Dadurch entsteht eine zentrale Anlaufstelle für alle wesentlichen Behördengänge und außerschulischen Bildungsmöglichkeiten.

Verwaltungsteile mit geringem Publikumsverkehr sollen hingegen an der Westfälischen Straße zusammengefasst

werden. Diese klare Trennung von Verwaltungsfunktionen erleichtert sowohl die interne Zusammenarbeit als auch die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern.

CDU bleibt Gesprächsbereit – jetzt ist konstruktive Mitarbeit gefragt

Die CDU Olpe sieht es als gesamtstädtische Aufgabe, nun den Blick nach vorne zu richten. „Statt sich in Vorwürfen zu verlieren, laden wir alle Fraktionen ein, an der Umsetzung dieser neuen Lösung konstruktiv mitzuwirken“, betont die Fraktion.

„Diese Lösung zeigt, dass sich aus einer schwierigen Situation eine Chance für eine nachhaltige und wirtschaftlich sinnvolle Stadtentwicklung ergeben kann. Wir stehen voll hinter diesem neuen Weg und werden uns dafür einsetzen, dass er zügig umgesetzt wird“, sagt Frank Clemens abschließend.

Es ist Zeit für verantwortungsbewusste Kommunalpolitik – ohne parteipolitische Scharmützel. Olpe verdient eine realistische, tragfähige und zukunftsgerichtete Verwaltungsstruktur.

Dafür steht die CDU.